

Verkehrsausschuß
59. Sitzung

01.06.1989
the-ro

Abg. Wolf (SPD) fährt fort, seine Fraktion wünsche ferner, die bisher unter "möglicher späterer Bedarf" eingestufte Maßnahme DU 04b (Rhein-Ruhr-Halle - DU-Meiderich-Süd) in den vordringlichen Bedarf höherzustufen.

Ministerialrat Dr.-Ing. Morgenstern (MSWV) erläutert, daß es dabei um einen Teil der "klassischen" Stadtbahnstrecke von Dinslaken bis Düsseldorf gehe. In den ursprünglichen Bedarfsplanungen sei dieser Abschnitt schon immer mit der Bezeichnung "Vollausbau" eingestuft gewesen. Es bestünden keine Bedenken, diesen Abschnitt bei dem jetzt zu verabschiedenden Bedarfsplan als "vordringlichen Bedarf" einzustufen.

Der Ausschuß beschließt, die Maßnahme DU 04b in den "vordringlichen Bedarf" höherzustufen.

Abg. Wolf (SPD) bittet außerdem, die Maßnahme E 04a (Aktienstraße Abzw. - Essen-Borbeck-Süd) in die Kategorie "Stadtbahn - möglicher späterer Bedarf" umzulegen, um in der Konzeption fortfahren zu können, die die Stadt Essen jetzt beschlossen habe.

Ministerialrat Dr. Lose (MSWV) sieht darin keinen Nachteil, weil die Bezeichnung "Stadtbahn - möglicher späterer Bedarf" zunächst sowieso eine Zulaufstrecke beinhalte.

Der Ausschuß beschließt die Umlegung der Maßnahme E 04a in die Kategorie "Stadtbahn - möglicher späterer Bedarf".

Abg. Dreyer (CDU) erinnert an seinen schon in früheren Beratungen gegebenen Hinweis, daß in Bielefeld die Verbindung vom Hauptbahnhof zur Universität nicht unumstritten sei. Nach Auffassung der Bielefelder CDU sei die geplante Lösung zu aufwendig; sie könnte mit Omnibussen wirtschaftlicher und doch auch leistungsfähig gestaltet werden.

Der Ausschuß nimmt die Vorlage 10/2008 unter Einschluß der Vorlage 10/2198 und der in der heutigen Sitzung gefaßten Beschlüsse bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion zustimmend zur Kenntnis.

Verkehrsausschuß
59. Sitzung

01.06.1989
the-ro

Zu 4: ÖPNV-Ausbauplan - Stadtbahnbau im Bereich Gelsenkirchen/
Bochum (einschließlich Witten)

Vorlagen 10/1594, 10/2199

Beratung

Der Ausschuß entspricht der Bitte von Abg. Böse (SPD), den Punkt wegen noch bestehenden Beratungsbedarfs von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Zu 5: Sicherheit von Gefahrguttransporten

Vorlagen 10/1002, 10/1556, 10/2142

Ausschußprotokoll 10/869

Bericht des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß der Minister dem Landtag mit Vorlage 10/2142 eine Stellungnahme zu der Frage der Sicherheit von Gefahrguttransporten zugeleitet habe, in der die Ergebnisse der Anhörungen der Verkehrsausschüsse des Deutschen Bundestages und des Landtags Nordrhein-Westfalen nach Themenkomplexen zusammengefaßt seien und jeweils angemerkt werde, welche Konsequenzen bereits gezogen seien, wie der Sachstand bei einzelnen noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen sei oder wo nach Auffassung der Landesregierung weiterer Handlungsbedarf bestehe.

Der zur heutigen Sitzung von seiner Fraktion vorgelegte Beschlußvorschlag - Anlage zu diesem Protokoll - beruht nach den Worten von Abg. Jaax (SPD) auf dem Ergebnis der Anhörung. Um der Überschaubarkeit willen habe die SPD darauf verzichtet, eine detaillierte Einzelaufzählung vorzunehmen, was auch den Rahmen sprengen würde; vielmehr habe man den Beschluß in der Art von Leitlinien aufgebaut. Dies habe auch den Vorteil, daß der Beschluß nicht sofort unvollständig und damit überholt sei, wenn neue technische Entwicklungen auf den Markt kämen.

Er bitte um Zustimmung zu diesem Beschlußentwurf, der in seiner Kürze auch gut nach außen als Meinung des Ausschusses transportiert werden könne.

Abg. Dreyer (CDU) bittet, den Entschliebungsentwurf um den folgenden Satz zu ergänzen, der sich als eine wichtige Konsequenz aus dem Bericht der Landesregierung ergebe, die ja darauf hingewiesen habe, in welchem Maße künftig Ortsumgehungen zur Beseitigung von Gefahrensituationen und Risiken beitragen könnten: